

----- Original-Nachricht -----

Betreff: Bürgerrechte sind keine Verhandlungsmasse

Datum: Fri, 6 Nov 2009 14:07:02 +0100

Von: Leutheusser-Schnarrenberger Sabine

<sabine.leutheusser-schnarrenberger@bundestag.de>

An: info@campact.de <info@campact.de>

Sehr geehrte Unterzeichner des Aufrufs von Compact und FoeBuD,

vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Ich möchte kurz zu den von Ihnen formulierten Punkten Stellung nehmen.

Die Anwendung der Vorratsdatenspeicherung wird ausgesetzt und über die vom Bundesverfassungsgericht erlassenen einstweiligen Anordnungen hinaus wesentlich weiter eingeschränkt. Bis zum Abschluss der anhängigen Beschwerdeverfahren beim Bundesverfassungsgericht dürfen die europarechtlich verbindlich auf Vorrat gespeicherten Daten zur Verfolgung von Straftaten nicht mehr abgerufen und verwendet werden. Auch zum Zweck der Gefahrenabwehr wurde der Zugriff auf die Telekommunikationsdaten eingeschränkt. Ein Zugriff darf nur noch zur Abwehr schwerer Gefahren für Leib, Leben und Freiheit einer Person erfolgen.

Wir haben sichergestellt, dass der Identitätsnachweis mit dem elektronischen Personalausweis eine freiwillige Möglichkeit darstellt.

Die Anwendung des Zugangserschwerungsgesetzes, das dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird ausgesetzt. Internetsperren von kinderpornografischen Seiten finden nicht statt. Stattdessen wird in Zusammenarbeit internationalen Providernetzwerken wie z.B. "Inhope" der Versuch unternommen, die u.a. vom BKA festgestellten kinderpornografischen Internetseiten zu löschen. Nach einem Jahr wird dieses Vorgehen evaluiert und über das weitere Vorgehen entschieden.

Auch im Bereich des Arbeitnehmerdatenschutzes konnten wir entscheidende Verbesserungen erreichen um Arbeitnehmer wirksam vor Bespitzelungen am Arbeitsplatz zu schützen. Die Datenverarbeitung wird nur auf solche Daten beschränkt, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Eine Verarbeitung von Daten ohne dienstlichen Bezug, wie z.B. zum außerdienstlichen Verhalten oder nicht dienstrelevanten Gesundheitszustand wird künftig ausgeschlossen sein. Um der Bedeutung des Arbeitnehmerdatenschutzes gerecht zu werden, wird dieses Thema in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestaltet.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

--

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Bundesministerin der Justiz
Landesvorsitzende der FDP-Bayern

Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Hausanschrift: Unter den Linden 50, Zi. 2.131-2.135, 10117 Berlin

Telefon: 030/ 227 75 162
Telefax: 030/ 227 76 402